

N I E D E R S C H R I F T

über die 19. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen

vom: **21.11.2002**
von: **16:00 Uhr**
bis: **19:00 Uhr**
Ort: **Rathaus Siegen, Ratssaal**

Anwesend waren:

I. Vom Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen:

Stv Dr. Stötzel, Wolfgang - als Vorsitzender -
Stv Eberlein, Klaus-Peter
AM Eger-Kahleis, Brigitte
AM Hamich, Günther - für AM Kaiserling, Carl-Norbert -
AM Kamieth, Jens - bis 18.10 Uhr, während TOP 10 ö. T. -
Stv Katz, Reinhilde
AM Nell, Karl-Heinz
Stv Schmidt, André
AM Söhler, Petra
AM Sondermann, Brigitte - für von der CDU-Fraktion noch nicht ben. ordentl. Mitgl. -
AM Tigges, Johannes
Stv Wolf, Marianne - für Stv Flohren, Angelika -

II. Beratende Mitglieder:

AM Ditsch, Gül
AM Mücke, Helga
Stv Nauck, Gerda

III. Als Zuhörer:

AM Miether, Hans-Joachim

IV. Von der Verwaltung:

StR Dr. Rohr
Städt. VD Fischer
Städt. OAR Hülsmann - bis 18.15 Uhr, während TOP 11 ö. T. -

Gleichstellungsbeauftragte Dellori
Stellv. Leiter VHS Hiller - bis 18.50 Uhr, während TOP 12 ö. T. -
Stl Engelmann
StOl Schöler - als Schriftführer -

Nicht anwesend waren:

Stv Flohren, Angelika
AM Kaiserling, Carl-Norbert
Stv Rujanski, Detlef

Vor Eintritt in die Tagesordnung kommt der Ausschuss überein, die Sitzungsgelder für die heutige Sitzung an den Verein „Mütterzentrum e. V.“ zu spenden.

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (FDP)

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Frau Nauck bestimmt.

19. AfSFS 21.11.2002

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 10.09.2002

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

19. AfSFS 21.11.2002

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

19. AfSFS 21.11.2002

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

19. AfSFS 21.11.2002

5. Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung - Grundsicherungsgesetz (GSiG)

Vorlagenr. 2325/2002 - Vorlage vom 05.11.2002

Herr Hülsmann zeigt auf, dass die zur Antragsaufnahme notwendigen Voraussetzungen organisatorischer Art seit 18.11.2002 erfüllt sind. Verlässliche Zahlen zu finanziellen Auswirkungen können in ca. einem Jahr genannt werden.

Herr Schmidt kritisiert, dass die derzeit auf Bundesebene entwickelten Überlegungen zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik zwar gute Ansätze zeigen, jedoch allein zu Lasten der Kommunen realisiert werden sollen. Er weist darauf hin, dass die diesbezügliche Prüfung der Verfassungsmäßigkeit noch nicht abgeschlossen ist.

Fraglich ist, ob der Adressatenkreis mit dem Grundsicherungsgesetz überhaupt erreicht werden kann und ob nicht weiterer, missbräuchlicher Inanspruchnahme öffentlicher Gelder Vorschub geleistet wird. Wünschenswert wäre, wenn die Verwaltung vor Ort Aufklärungsarbeit leisten und Anspruchsvoraussetzungen prüfen könnte (mobile Antragsaufnahmestelle). Bezüglich des konkreten Personalbedarfes lassen sich erst Ende 2003 konkretere Aussagen treffen.

Herr Fischer macht deutlich, dass die Kosten der Sozialhilfe zwar grundsätzlich vom Kreis, Nebenkosten aber, wie z. B. Personal- und Sachkosten, von den Kommunen getragen werden und daher diesbezüglichen Zwängen unterlegen sind.

Herr Eberlein befürwortet das Gesetz, da ein Personenkreis gefördert wird, der auf der finanziellen Schattenseite des Lebens steht.

Grundsätzlich ist das Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zu begrüßen, jedoch bemängelt Frau Nauck, dass Bund und Länder Beschlüsse fassen, ohne die finanzielle Tragweite für die Kommunen ausreichend zu berücksichtigen.

Haben verschämte Arme bislang Leistungen aus der Sozialhilfe nicht in Anspruch genommen, so werden sie auch finanzielle Unterstützungen nach dem Grundsicherungsgesetz nicht beantragen, befürchtet Frau Söhler.

Herr Hamich bittet die Verwaltung, Öffentlichkeitsarbeit zu leisten, um die positiven Ziele des Gesetzes erreichen zu können.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen nimmt den Sachstandsbericht zum Grundsicherungsgesetz zur Kenntnis.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

19. AfSFS 21.11.2002

6. Sozialhilfebericht der Stadt Siegen 2001

Vorlagenr. 2326/2002 - Vorlage vom 05.11.2002

Die Entwicklung der Zahl der Sozialhilfeempfänger ist im Ausblick auf das kommende Jahr äußerst besorgniserregend, so Herr Dr. Rohr. Im laufenden Jahr ist die Zahl der Hilfeempfänger, Zu- und Abgänge berücksichtigt, mit Stand vom 30.09.2002 um 111 gestiegen. Die Stadt Siegen kann auf die Entwicklung keinen Einfluss nehmen. Bund und Länder sind gefragt, möglichst schnell Handlungskonzepte zu entwickeln und zu realisieren.

Herr Schmidt bringt vor, dass dringend eine Reform der Arbeitsvermittlung erfolgen muss. Das Hauptproblem liegt darin begründet, dass aufgrund mangelnder Arbeit zu wenig freie Arbeitsstellen verfügbar sind.

Das traditionelle Familienbild (Vater, Mutter, Kinder) sollte mehr gefördert werden, anstatt Konzepte zu erarbeiten, durch die Alleinerziehenden der jeweils andere Partner ersetzt werden kann.

Ein verwaltungsinternes Personalbedarfskonzept sollte sich mit der Frage beschäftigen, wie vorhandenes Personal effektiv arbeiten kann und in welchen Bereichen Personalumschichtungsmöglichkeiten gesehen werden.

Die Kommunen haben nahezu keine Möglichkeiten, auf die Sozialhilfeentwicklung einzuwirken, stellt Frau Nauck fest. Eine Förderung des traditionellen Familienbildes läuft da ins Leere, wo Familien bereits zerrüttet sind.

Die durch die Individuen einer Gesellschaft gewählten Lebensformen bezüglich familiären bzw. nichtfamiliären Zusammenlebens sollten toleriert werden, fordert Frau Söhler.

Herr Hamich ist der Ansicht, dass mehr Personal zur Aufdeckung von Sozialhilfemissbrauch vorgehalten werden sollte, wenn sich dies fiskalisch gesehen lohnt.

Herr Eberlein erinnert an die von der Verwaltung seinerzeit vorgelegten Zahlen zum Sozialhilfemissbrauch. Diese wurden als überraschend niedrig bewertet.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen nimmt den Sozialhilfebericht 2001 zur Kenntnis.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

19. AfSFS 21.11.2002

7. Hilfe zur Arbeit**Mündlicher Bericht**

Eine Kopie des Vermerkes zu dem von Herrn Hülsmann vorgetragenen Bericht ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Bezüglich der hohen Ausfallquote der Teilnehmer aus Modul 1, in deren Folge weniger Personen in das Modul 2 einsteigen, werden Ende dieses Monats Gespräche bezüglich der Übergangsmodalitäten geführt, informiert Herr Fischer.

Ggf. ist die Wochenarbeitszeit in Modul 1 aufgrund der großen Beanspruchung der Teilnehmer zeitlich zu verkürzen, so Herr Kamieth.

Herr Schmidt erinnert an den nach einjähriger Dauer des Projektes zu erstellenden, ausführlichen, schriftlichen Zwischenbericht. Er weist darauf hin, dass die NAS zur Erfüllung der Aufgaben aus Modul 1 Kooperationspartner hinzuzieht.

Bezug nehmend auf die Frage von Frau Nauck antwortet Frau Dellori, dass sie auf Wunsch eine Statistik zum aktuellen Stand des Projektes „Verkäuferinnen in Teilzeit“ aushändigen kann. Von den 24 Teilnehmerinnen, die in die Maßnahme eingestiegen sind, haben bislang nur 2 diese abgebrochen. Sie sagt die weitere Berichterstattung zu.

◆◆◆ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

19. AfSFS 21.11.2002

**8. Weihnachtsfeier der Siegener Werkstätten der AWO, Kreisverband Siegen-Wittgenstein/Olpe, am 19.12.2002 in der Siegerlandhalle
- Antrag auf Mietkostenzuschuss**

Vorlagenr. 2279/2002 - Vorlage vom 18.10.2002

Herr Eberlein erklärt sich gem. § 31 GO NW für befangen und nimmt an Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen beschließt, der Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Siegen-Wittgenstein/Olpe, einen Zuschuss in Höhe von 528,50 € zu den Mietkosten zu gewähren.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

19. AfSFS 21.11.2002

9. Antrag der Schwulen-Initiative Siegen (SIS) auf anteilige Übernahme ungedeckter Personalkosten für eine Beratungsstelle

Vorlagenr. 2319/2002 - Vorlage vom 30.10.2002

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen lehnt den Antrag ab, da über die laufende Förderung hinaus keine zusätzlichen freiwilligen Haushaltsmittel für diesen Zweck zur Verfügung stehen.

**Beratungsergebnis: 11 Stimmen dafür, 1 dagegen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
0 Enthaltungen**

19. AfSFS 21.11.2002

**10. Bericht über den Haushaltsvollzug per 31.10.2002 im Fachbereich 5
- Soziales, Familien, Jugend, Wohnen -**

Vorlagenr. 2312/2002 - Vorlage vom 30.10.2002

Das voraussichtliche Defizit zum Ende des Jahres, das in der Vorlage mit „unter 500.000 €“ beziffert ist, lässt sich nach Auskunft von Herrn Fischer nunmehr sehr realistisch auf ca 400.000 € begrenzen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen nimmt den Sachstandsbericht zum Haushaltsvollzug per 31.10.2002 (Bewirtschaftungsstand 28.10.2002) im Fachbereich 5 einschließlich der Prognose zum voraussichtlichen Jahresergebnis zur Kenntnis.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

19. AfSFS 21.11.2002

11. Auflistung Anbieter Kurse „Deutsch als Fremdsprache“ in Siegen

Vorlagenr. 2290/2002 - Vorlage vom 04.09.2002

Eine bloße Kenntnisnahme der Auflistung der Anbieter von Kursen „Deutsch als Fremdsprache“ in Siegen geht Herrn Stötzel nicht weit genug. Der Bedarf an Deutsch-Kursen war zu ermitteln und eine aufgrund zu erwartender Zuschüsse für die Stadt kostenneutrale Durchführung (ggf. über andere Anbieter) zu prüfen. Es sollte nunmehr ein Auftrag an die Verwaltung ergehen, eine Möglichkeit zu suchen, den Bedarf möglichst kostengünstig zu befriedigen und Standards für bestimmte

Gruppierungen festzulegen.

Herr Schmidt stellt fest, dass Deutsch-Kurse von manchen Anbietern günstiger angeboten werden, als von der Volkshochschule. Lediglich für Asylberechtigte und Kontingentflüchtlinge scheint die Volkshochschule einziger Anbieter zu sein.

Herr Dr. Rohr macht deutlich, dass die Vorlage als Ergänzungsvorlage zu der vergangenen, diese Thematik in Zusammenhang mit dem Siegener Ausweis betreffenden, zu sehen ist. Der Kulturausschuss hat sich mehrheitlich dafür ausgesprochen, dass die jetzige Regelung beibehalten wird. Hiernach zahlen Inhaber des Siegener Ausweises die Hälfte der Kursgebühren.

Nur, wenn die Inhaber eines Siegener Ausweises auch weiterhin einen 50-%-igen Eigenanteil zahlen, wird ein Deckungsbeitrag zur Verringerung des Defizites der Volkshochschule erwirtschaftet, so Herr Hiller. Die spezielle Situation der Migranten kann durch Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes verbessert werden, die Entwicklung sollte abgewartet werden.

Frau Ditsch steht auf dem Standpunkt, dass die derzeit vorgehaltenen Angebote der Volkshochschule wichtig und notwendig sind. Vor dem Hintergrund, dass selbst hiermit die Bedarfstatbestände noch nicht vollständig abgedeckt werden, sollte keinesfalls eine Angebotsschmälerung erfolgen. Sie macht darauf aufmerksam, dass viele Inhaber eines Siegener Ausweises den 50-%-igen Eigenanteil finanziell nicht tragen können und somit der Integrationsgedanke konterkariert wird. Sie spricht sich dafür aus, der alten Regelung entsprechend Inhabern des Siegener Ausweises wieder einen Kurs pro Semester kostenlos anzubieten.

Weil dies in der Vergangenheit nicht immer geschehen ist, bittet sie die Verwaltung, künftig dafür Sorge zu tragen, den Ausländerbeirat bei allen Migrationsbelangen zu beteiligen. Insbesondere wurde der durch den Ausländerbeirat geforderte Bericht über in Siegen vorgehaltene Angebote der Sprachförderung dort bislang nicht vorgelegt.

Vor dem Hintergrund der katastrophalen Finanzlage der Stadt Siegen sprechen sich die Ausschussmitglieder Hamich, Nauck und Schmidt dafür aus, die jetzige Regelung des 50-%-igen Eigenanteiles der Inhaber des Siegener Ausweises an Kursen der Volkshochschule beizubehalten. Neben öffentlichen Angeboten ist auch die Eigeninitiative ausländischer Vereine gefragt.

Für Herrn Dr. Stötzel ist die Angelegenheit noch nicht endgültig ausdiskutiert.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen nimmt die Auflistung der

Anbieter von Kursen „Deutsch als Fremdsprache“ in Siegen zur Kenntnis.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

19. AfSFS 21.11.2002

12. Zehnerkommission

Vorlagenr. 2320/2002 - Vorlage vom 31.10.2002

Herr Schmidt beantragt, im Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen einen Beschluss dahingehend zu fassen, dass

1. die 10-er Kommission in der bisherigen Form bestehen bleibt und
2. die derzeit eingesetzte 10-er Kommission die Richtlinie „Förderung des friedlichen Zusammenlebens zwischen ausländischen und deutschen Bürgerinnen und Bürgern“ überarbeitet.

Aus Gründen der Effektivität sollte die Kommission nicht mehr als einmal jährlich zusammentreffen.

Die paritätisch besetzte 10-er Kommission wurde bislang in ihrer hochqualitativen Arbeit sowohl durch die Öffentlichkeit als auch durch die Politik bestärkt, so Frau Ditsch. Die Kommission ist ein gutes Mittel, Bürgernähe zu pflegen und langwierige Beratungen im Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen zu verhindern. Der Ausländerbeirat hat sich für den Erhalt eingesetzt.

Die in der Kommission geführten Gespräche eigneten sich nach Meinung von Herrn Eberlein hervorragend zum gegenseitigen Informationsaustausch. Bedauerlich ist, dass die Antragsteller weitgehend immer wieder dieselben sind. Dem Antrag der CDU-Fraktion schließt er sich an.

Auch Frau Nauck und Herr Hamich votieren zugunsten des Antrages der CDU-Fraktion.

Beschluss (auf Antrag von Herrn Schmidt):

1. Die 10-er Kommission bleibt in der bisherigen Form bestehen.
2. Die derzeit eingesetzte 10-er Kommission überarbeitet die Richtlinie „Förderung des friedlichen Zusammenlebens zwischen ausländischen und deutschen Bürgerinnen und Bürgern“.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 1 Enthaltung (SPD)

19. AfSFS 21.11.2002